

ITP - das Institut für Theologie und Politik in Münster - ein Hoffnungsträger linker Theolo- gie in Theorie und Praxis


Wir unterstützen das Institut für Theologie und Politik (ITP) in Münster, weil wir darin eine Möglichkeit sehen, einer linken Theologie in Theorie und Praxis sowohl institutionell, professionell als auch kreativ eine Zukunft zu geben. Das ITP steht für das, was uns Christ_innen für den Sozialismus von Anfang an wichtig war: die ideologiekritische Betrachtung von Glaube und Religion, die Kritik am Götzendienst des Kapitalismus sowie der aktive Widerstand gegen den Verwertungszwang des Menschen im System des Kapitalismus. Das ITP verbindet und unterstützt kapitalismuskritische Initiativen im Kontext sozialer Bewegungen. Als CfS liegt uns sehr daran, die Zukunft dieses Projekts zu sichern.

Daher bitten wir um Eure Mithilfe! Das ITP hat eine Initiative gestartet, um seine bisher fast ausschließlich ehrenamtlich geleistete Arbeit in Teilen auf eine finanzielle Basis zu stellen, die einigen Genossinnen und Genossen im ITP eine Grundlage bildet, ihren Lebensunterhalt über die Arbeit im ITP zu finanzieren. Nur so ist langfristig ein wichtiger Teil linker (befreiungs-)theologischer Arbeit sicher zu stellen. Das ITP möchte in den kommenden zwei Jahren 200 Förderer finden, die monatlich mit jeweils 20,— Euro (oder mehr) die Arbeit des ITP unterstützen. Bitte denkt darüber nach, ob Ihr vielleicht die Möglichkeit habt, eine solche überschaubare Summe regelmäßig aufzubringen. Eine solche Spende ist sinnvoll angelegt, davon sind wir überzeugt.

Dem CfS-Circular beigelegt findet Ihr einen kleinen Flyer des ITP mit einem Antwortcoupon, über den Ihr Eure solidarische Unterstützung in die Tat umsetzen könnt. Wir möchten euch sehr dazu ermuntern, das ITP zu unterstützen!

Euer Sprecher_innenkreis

Aus: David Smith und Phil Evans, Das Kapital für Anfänger, (deutsch) Reinbek bei Hamburg 1983, S. 176

CfS—Circular

2 2014

ChristInnen für den Sozialismus

23 Jahre Schüleraustausch mit Russland

Eine ganz persönliche Begegnung

Meine junge russische Kollegin drückte mir im wunderschönen Dom von Kronstadt, nahe St. Petersburg, eine Kerze in die Hand. Ich war überrascht und im gleichen Moment tief berührt. Da standen wir nun, die deutsche Lehrerin, deren Vater im Krieg in Russland gewesen war und die russische Kollegin, geboren 1989, also etwa im Alter meiner Tochter.

Tränen liefen mir über das Gesicht, als wir beide unsere brennenden Kerzen aufstellten. Tränen der Rührung ob dieser Geste und der Trauer darüber, dass mein Vater, der 2006 verstarb, dieses Friedenszeichen nicht mehr miterleben kann.

Gleichzeitig dieses Glücksgefühl der Versöhnung! Wir dürfen uns begegnen als Freunde, miteinander arbeiten und feiern, im russischen Badehaus miteinander schwitzen und eine unbeschreibliche Gastfreundschaft genießen. Und wieder dieses Gefühl der Seelenverwandtschaft, das wir

Inhalt:	
23 Jahre Schüleraustausch mit Russland	S. 1
Ein Flugblatt	S. 5
Es begann mit einer Lüge	S. 7
Klassenkampf von von oben	S. 11
Eine Bitte	S. 16

CFS
Büro:
Hartmut Futterlieb
Zur Linde 9
36251 Bad Hersfeld
Tel.: 06621-74905
E-Mail: Hartmut.Futterlieb@t-online.de
IBAN:
DE05 5009 0500 0301
5629 41
BIC:
GENODEF1S12
www.chrisoz.de

schon bei unserer ersten Begegnung in Marbach spürten. Wir blieben eine Weile vor unseren Kerzen stehen.

Dann kam Natalia auf mich zu und erzählte mir, dass sie bei einem bestimmten Gebet immer weinen müsse. Sie sprach es auf Russisch und übersetzte es mir dann ins Deutsche mit einer schönen weichen Stimme und dem rollenden russischen Akzent:

Vater Unser

Und Herr über mein Leben

Den Geist des Müßiggangs

Der Mutlosigkeit

Den Wunsch zu herrschen und zu tratschen

Den gib mir nicht

Aber den Geist der Keuschheit

Der Demut

Der Geduld und der Liebe

Den gib mir

Lass mich himmlischer König

Meine Sünden sehen

Und über meinen Bruder nicht richten

AMEN

Gott vergib mir meine Sünden

Natalia ist die erfahrene Kollegin, die unseren Schüleraustausch mit St. Petersburg seit längerem betreut, aufgewachsen in der Sowjetunion, eine Leningraderin also. Später erzählte sie mir, dass es ihre Großmutter war, die sie 1951 heimlich taufen ließ.

An diesem Sonntag im September 2013 habe ich mich diesen russischen Kollegen sehr nahe gefühlt und die sprichwörtliche Seelenverwandtschaft der Deutschen und Russen kennen gelernt. Die Tiefe der Begegnung hat ihren Ursprung auch in der Geschichte dieses Schüleraustauschs, denn der hat viel mit dem ‚Großen Vaterländischen Krieg‘, wie die Russen sagen, zu tun, und dem Engagement

mit der „öffentlichen Meinung“ - an Gemetzel gegen Minderheiten, an den „gläsernen Kunden“, dessen Wünsche von Großkonzernen online gesteuert werden, an das Erstarken rechtsradikaler Gruppen und Parteien, die den Nationalismus schüren.

Die Kämpfer des „Islamischen Staates“ kämpfen mit Waffen, die die USA dem Irak überlassen haben, oder mit Waffen, die ihnen von Mittelsmännern in Saudiarabien oder dem reichen Scheichtum Katar geliefert werden, allesamt Verbündete des sog. Westens. Und was ist der Krieg der Westukraine gegen ihren eigenen Osten anders als ein Krieg desjenigen Landesteils, der von Oligarchen regiert wird, gegen den russisch sprechenden verarmenden Osten. Man muss kein „Putinfreund“ sein, um das zu verstehen.

Der Krieg der Reichen gegen die Armen bedient sich auch der Wohltätigkeit. „Brot und Spiele“ hieß das im Römischen Imperium. „Fußball und Hartz IV“ heißt das heute. Private Stiftungen schießen ins Kraut, die die Alimentation in Not geratener Menschen übernehmen sollen. Die Tafeln sind da nur ein Beispiel. Und das deutsche Modell „Hartz IV“ gilt als Vorbild für andere Länder, z.B. aktuell für Frankreich, Griechenland, Italien, Spanien usw.. So soll jeder Widerstand, der von unten kommen könnte, gebrochen werden. Zugleich wird die Polizei aufgerüstet. In den USA haben die Polizeikräfte der Kommunen 867 Panzerfahrzeuge, 533 Flugzeuge, 93 763 Maschinengewehre erhalten, die nach der Beendigung des Irakkrieges nicht mehr benötigt wurden (FR v. 16. August 2014). Wohltätigkeit und Aufrüstung der Polizei sind zwei Seiten einer Medaille.

„Wohltätigkeit“, so zitiert Georg Schramm am Ende seiner oben genannten Rede Johann Heinrich Pestalozzi, „ist das Ersäufen des Rechts im Mistloch der Gnade.“

Hartmut Futterlieb

die Armen, der Klassenkampf von oben permanent läuft. Kriege sind Teil dieses Klassenkampfes. Sie lenken den Blick ab. Sie generieren Hassobjekte, sei es durch fanatischen Nationalismus (siehe Ukraine) oder fanatische Religiosität (siehe Syrien und Irak). Das war auch schon 1914 so, das Jahr zu Beginn des Ersten Weltkriegs. Die notwendigen Klassenauseinandersetzungen wurden ersetzt durch nationalen Fanatismus.

Die Separatisten in den russischsprachigen Gebieten der Ukraine wurden von Anfang an „Terroristen“ genannt und von Anfang an als „Putinhörige“ bezeichnet. Verhandlungen oder Einigungsbemühungen wurden torpediert oder ganz schnell wieder abgebrochen. Viel zu schnell war klar, dass es um einen Krieg der Westukraine gegen die Ostukraine ging, ein Bürgerkrieg, von den westlichen Medien eifrig unterstützt. Von den regierenden Oligarchen (also die Menschen, die sich nach der Wende bereichert haben) betrieben. Auch wenn unter den Rebellen Kämpfer aus Russland sind oder Russland durch Waffenlieferungen die Rebellen unterstützt, es bleibt doch festzuhalten, dass die ukrainische Armee gegen die eigene Bevölkerung marschiert.

Die fanatischen islamistischen Gruppen in Syrien und im Irak werden ebenfalls „Terroristen“ genannt. Das Wort „Terrorist“ meint: Da ist ein wahnsinniger Unmensch, mit dessen Motivationen, sozialen Hintergründen, Ängsten, Entwicklungen und ideologischen Interessen sich niemand mehr beschäftigen muss. Das ist „Ungeziefer im Pelz der Zivilgesellschaft“ Solche „Terroristen“ können ohne Kriegserklärung, ohne Gerichtsurteil, ohne weitere Überlegungen getötet werden, automatisch, am besten mit Drohnen. Wer als „Terrorist“ etikettiert wird, wird liquidiert. Da braucht es keine Nachfrage nach Ursachen, nach Zusammenhängen, an denen „der Westen“ möglicherweise beteiligt ist.

Vielleicht ist das die Erscheinungsweise des Dritten Weltkriegs. Da stehen sich nicht Nationen gegenüber wie im 20. Jahrhundert, sondern in den Randgebieten der Welt entstehen Bürgerkriege, die von den Zentren aus befeuert werden. Wir gewöhnen uns - zusammen

der Anne-Frank-Realschule Marbach auf dem Russischen Friedhof im Wald bei Pleidelsheim.

Und hier beginnt die Geschichte unseres Schüleraustauschs:

Dreizehn russische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter liegen auf dem kleinen Friedhof bei Pleidelsheim begraben. Die Menschen wurden während des Zweiten Weltkriegs nach Deutschland verschleppt und zum Autobahnbau eingesetzt. Unter der Leitung des Lehrers Martin Tränkle übernahm unsere Schule 1984 die Pflege der Anlage.

Viele Jahre zuvor, im April 1945, wird ein russischer Zwangsarbeiter mit seinen drei Kindern aus einem Lager in Stuttgart entlassen und irrt fast verhungert und völlig entkräftet auf einem Feldweg umher. Eine Stuttgarterin nimmt die Familie auf und versorgt sie einige Wochen, bis sie wieder zu Kräften kommen. Die Familie kehrt dann nach Russland zurück. Jahrzehnte später versucht Valentin Sobolewskij, der damals dreizehnjährige Sohn, seine Lebensretterin zu finden, doch seine Botschaften gelangen nicht durch den ‚Eisernen Vorhang‘ nach Stuttgart.

Die Stuttgarter Zeitung veröffentlicht die Bitte des geretteten Valentin im April 1989. An diesem Tag kümmert sich Eva Rothkogel um ihre Bügelwäsche, ihr Ehemann liest die Annonce vor, bis sie schließlich sagt: „Das war i!“

Sie meldet sich am selben Nachmittag bei der Stuttgarter Zeitung, und Valentin wird nach Stuttgart eingeladen und auch von Manfred Rommel empfangen. Während seines Aufenthalts in Deutschland erfährt er von dem Engagement unserer Schule auf dem ‚Russenfriedhof‘ und stellt den Kontakt zur Marbacher Realschule her.

Ein Glücksfall! Zu dieser Zeit unterrichtet Nikolaus Benz, Deutsch- und Geschichtslehrer, in Russland aufgewachsen, an der Schule. Valentin wird eingeladen, und die beiden Männer beschließen, einen Schüleraustausch ins Leben zu rufen, der nun schon 23 Jahre gepflegt wird.

Valentin findet eine Schule in St. Petersburg, die Schule Nr. 303, eine Schule mit Schwerpunkt ‚Deutsch‘, inzwischen heißt sie ‚Schiller-Schule‘, eine Reminiszenz an das Schiller-Marbach.

In dieser Schiller-Schule gibt es heute zwei kleine Museen. Eines ist Friedrich Schiller gewidmet und das andere dem ‚Weg des Lebens‘. Wir erfahren die Geschichte der Belagerung Leningrads ‚900 Tage Blockade mit den grauenvollen Folgen für die eingeschlossene, hungernde Bevölkerung und dem ‚Weg des Lebens‘ über den Ladogasee, der einzigen Versorgungslinie für Leningrad.

Ich hatte von diesem Teil der Weltkriegsgeschichte keine Ahnung. Nie zuvor ist mir bewusst geworden, wie sehr ich ein Kind des ‚Kalten Krieges‘ bin. Die russische Geschichte bzw. die Verbrechen der Wehrmacht waren kein Thema in der BRD.

Als ich mit Anja und Natalja im Dom von Kronstadt stand, wusste ich noch gar nichts von dieser traurigen Geschichte. Ich spürte Wärme und ein Gefühl der Verbundenheit. Wir sind russische und deutsche Lehrerinnen, die russische und deutsche Jugendliche zusammenführen. Wir leben Völkerverständigung auf dem geschichtlichen Boden von insgesamt 60 Millionen Toten und entsetzlichem Leid.

Wir können die Vergangenheit nicht ungeschehen machen, aber zum Frieden in der Gegenwart und Zukunft beitragen.

Ich habe meine beiden russischen Kolleginnen ins Herz geschlossen, und da Anja das Alter meiner Tochter hat, nenne ich sie heute ‚meine russische Tochter‘. Zwei Wochen nach unserer Rückkehr aus St. Petersburg schrieb sie mir: „Da du meine deutsche Mutter bist, verrate ich dir, dass ich ein Kind erwarte.“

Im Juni wird Anjas Sohn geboren, und Anfang August werde ich meinen ‚russischen Enkel‘ und seine Familie besuchen. Die werdende Mutter hat sich ein Buch mit deutschen Wiegenliedern gewünscht. Wir werden im russischen Ladoga an einem Kinderbettchen sitzen und gemeinsam deutsche und russische Wiegenlieder

ge, ob die Beteiligten es wissen und wollen oder nicht. Das wird besonders deutlich durch unseren dritten Satz: Klassenkampf ist immer zuerst Klassenkampf von oben; Klassenkampf von unten ist Antwort, Reaktion, Gegengewalt.

Klassenkampf ist immer zuerst Klassenkampf von oben; Klassenkampf von unten ist Antwort, Reaktion, Gegengewalt.

Das ergibt sich aus dem unbestreitbaren Satz: Niemand wird freiwillig Sklave. Schon die Herstellung einer Klassengesellschaft ist nur durch Unterwerfungsakte möglich gewesen. Ebenso steht es mit der Aufrechterhaltung von Klassengesellschaft. Herrschaft muß ständig gegen die Beherrschten gesichert werden, auch wenn die Beherrschten gerade nicht revoltieren, auch wenn man sie dazu gebracht hat, der Herrschaft zuzustimmen, sie als für das Gemeinwohl nützlich oder gottgewollt anzuerkennen. Auch die Herbeiführung und Verinnerlichung solcher Zustimmung samt den dazu benötigten Ideologien gehört zu den Strategien der Herrschaftssicherung, also zu den Strategien des Klassenkampfes. So muss der Klassenkampf von oben ständig betrieben werden, auch wenn die Beherrschten zur Ruhe gebracht sind und ihnen die Neigung, sich zu befreien, ganz ausgetrieben ist. [...] Dagegen ist der Klassenkampf von unten nicht pausenlos. Er bedarf der Erkenntnis der Un-Natürlichkeit der eigenen Lage und ihrer Veränderbarkeit und des Entschlusses, sie zu verändern - so weit es geht, und möglichst bis zur gänzlichen Beseitigung des Beherrschtseins. Deshalb gehört Verhinderung dieser Erkenntnis und dieses Entschlusses der Beherrschten zu den Strategien der Herrschaft, und deshalb lösen Anzeichen eines Klassenkampfes von unten bei den Herrschenden Entrüstung, Angst und Entschluß zu verstärkter Repression aus.“ (H. Gollwitzer, Die kapitalistische Revolution, (2. Auflage), Tübingen 1998, S. 85 f.)

Wie Warren Buffet - aber mit unterschiedlicher Perspektive - ist Gollwitzer der Meinung, dass der Klassenkampf der Reichen gegen

kistan, die durch entsetzliche Bürgerkriege heimgesucht werden?

Georg Schramm hat während einer Rede zum 40jährigen Jubiläum der GLS-Bank den Multimilliardär Warren Buffet zitiert, der gesagt habe, es gehe heute um einen Krieg der Reichen gegen die Armen, und die Reichen seien auf der Gewinnerseite. Das ist ein anderer Ausdruck für den Klassenkampf von oben.

Es ist hilfreich, Helmut Gollwitzer ausführlicher zu zitieren und das, was er 1973 gesagt hat, mit dem abzugleichen, was heute geschieht:

Wo Klassengesellschaft, da ist Klassenherrschaft

„Wo Klassengesellschaft, da ist Klassenherrschaft - solange mit ‚Klassen‘ nicht verschiedene, nebeneinander stehende Bevölkerungsgruppen gemeint sind, durch nichts unterschieden als durch die Arbeitsteilung, sondern sofern die verschiedenen Gruppen verschieden großen Anteil am gesellschaftlichen Produkt sich zu sichern wissen, und zwar dank ihres unterschiedlichen Zugangs zu den Produktionsmitteln. Da niemand freiwillig dem anderen einen größeren Anteil vom gemeinsam erarbeiteten Gut überlässt oder freiwillig hungert, während der andere praßt, da niemand freiwillig sich zum Produktionsmittel eines anderen macht, müssen Verhältnisse, in denen eben dies geschieht, durch Herrschaft gesichert werden. So folgt aus dem ersten Satz sofort der zweite: Wo Klassenherrschaft, da Klassenkampf.“

Wo Klassenherrschaft, da ist Klassenkampf

Freiwilligkeit muß durch Zwang ersetzt werden; Druck erzeugt Gegendruck, Zwang und Freiheitswille stehen gegeneinander und ergeben die Kampfsituation, und zwar als eine permanente. Klassenkampf wird nicht von irgendwelchen streitlustigen, böartigen Leuten begonnen, zu ihm braucht man nicht erst ‚gehetzt‘ zu werden, er ist die unausweichliche Charakterisierung des Verhältnisses der Klassen in einer Klassengesellschaft. Er kann sich zuspitzen und zur Explosion führen oder gedämpft werden, aber er ist immer im Gan-

singen. Und nichts wird diesen Frieden stören.

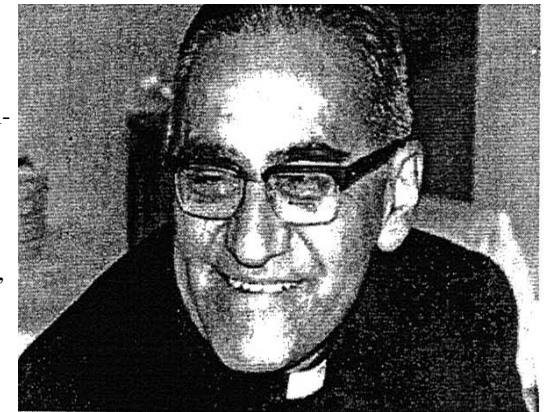
Lara Schweizer

(Lehrerin an der Anne-Frank-Realschule in Marbach a.N.)

Ein Flugblatt zur Europawahl

„Da sich die Kirche für reale, nicht fiktive Arme einsetzt, da sie für wirklich Ausgebeutete und Unterdrückte eintritt, lebt sie in einer politischen Welt und verwirklicht sich als Kirche auch im politischen Bereich.“

Ein Zitat von Erzbischof Oscar Arnulfo Romero vom 2. Februar 1980, einen Monat, bevor er während einer Messe gewaltsam aus dem Leben gerissen wurde. Der Todesschuss wurde von dem in den USA ausgebildeten Major Roberto D'Aubisson Arieta befohlen.



Für den Frieden - an unsere Nächsten!

100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges und 69 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erinnern wir uns in diesen Tagen an die Schrecken des Krieges und das unermessliche Leid seiner Opfer. Mit Sorge sehen wir die geopolitische Instrumentalisierung der Ukraine, die Mobilisierung der Streitkräfte an den Grenzen, die wechselseitigen Sanktionierungen und die Isolierung Russlands durch den Westen. Wir denken zurück an die Kolonialinteressen des wilhelminischen Deutschlands, an die Interessen der Großmächte, ihre Dominanz aufrecht zu erhalten, und an die Großmachtinteressen gegenüber Serbien vor Beginn des Ersten Weltkrieges.

Wir, als ChristInnen für den Sozialismus, erinnern uns aber auch an unsere eigene Geschichte: An die unrechtmäßigen us-amerikanischen Interventionen in nach dem Völ-

kerrecht souveränen lateinamerikanischen Staaten wie Chile 1973, wo die demokratisch gewählte sozialistische Regierung um Salvador Allende gewaltsam gestürzt wurde. Auch aus Solidarität mit den Opfern - unseren chilenischen Brüdern und Schwestern - gründeten wir uns in Deutschland und in anderen europäischen Ländern. Theolog_innen in unseren Reihen wie z.B. Dorothee Sölle entwickelten fortan eine Theologie für die Schwachen, die Ausgegrenzten und die „Loser“ wie ihn - unseren gekreuzigten Gott.

Wir wären wohl ausgeschrien worden, hätten wir vor einem Jahr aus Nächstenliebe und humaner Verantwortung einen Kapitaltransfer zugunsten der bitterarmen Ukraine in der Höhe von 11 Mrd. Euro gefordert. Es ist in den westlichen Staaten viel von der Souveränität von Staaten die Rede. Was aber ist mit der Souveränität von Menschen? Sie sind doch das Ebenbild Gottes - und nicht die Staaten!

Unter Berücksichtigung der zuvor genannten geschichtlichen Erfahrungen können wir die ethischen und rechtlichen Argumente der Politiker nur als Kommunikationsstrategien deuten, welche verwendet werden, um die wahren macht - und wirtschaftspolitischen, also materiellen Interessen an der Ukraine zu verschleiern.

Für die Großmächte ist die Ukraine mit ihrem Zugang zum Schwarzen Meer und ihrer Lage an den Grenzen der NATO-Staaten und Russland militärstrategisch wichtig. Ökonomisch lockt die Ukraine mit ihren gut ausgebildeten jungen Menschen und niedrigen Löhnen. Sie „empfiehlt“ sich so der EU als „billige Werkbank Europas“ und als Absatzmarkt für Produkte, die für den europäischen Markt nicht gut genug sind.

Aber auch in der Ukraine ist, was „der Geist der Zeiten heißt, nur der Herren eigener Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln.“ (Goethes Faust)

Fakt ist: Die prowestliche Politik in der Ukraine wird nach wie vor von reichen Oligarchen diktiert, um deren Gunst der Bundesaußenminister, Frank Walter Steinmeier, zur Zeit wirbt, wobei er nicht davor zurückschreckt, mit den auf der Straße gewalttätig dominanten und in der Regierung vertretenen Faschisten zu paktieren.

Von dem Rüstungsunternehmer, Milliardär und Präsidentschaftskandidaten Petro Poroschenko, dem die größten Erfolgsaussichten bei den Wahlen prognostiziert werden, haben die armen und notleidenden Menschen in der Ukraine nichts zu erwarten. Schon heute zwingt der IWF den Ukrainerinnen und Ukrainern Spardiktate auf, um einen Staatsbankrott abzuwenden, der auch die Folge von zu billigen Privatisierungen, zu großzügigen staatlichen Aufträgen und Bürgschaften war, mit deren Hilfe die Oligarchen nach der Wende zu ihrem Kapital kamen, das sie nun in westlichen Offshores „verbergen“. Ihre umfangreiche Unterstützung der „europäischen Wahl“ ist so nichts anderes als der Versuch, den Sozialabbau zugunsten der Oligarchen und zu Lasten der Armen hinter dem positiven Image der EU und ihrer Normen vor den Ukrainerinnen und Ukrainern zu verstecken.

Wir fordern Sie deshalb auf: Ergreifen Sie Partei für die Armen in der Ukraine und für den Frieden in der Welt! Bei der Europawahl deshalb keine Stimme an imperialistische Kräfte!

tionen missachtet“ (FR, 3./4. 4. 99).

(1) Pressemitteilung Nr. 111/99 vom 24. März 1999, hg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn.

(2) Howard Clark, Civil Resistance in Kosovo, London, 2000

(3) Zitiert aus dem Vorwort von Prof. Dieter Lutz in: Clemens Ronnefeldt: Die neue NATO, Irak und Jugoslawien, Minden, 1. Auflage 2001, S. 9.

(4) <http://www.youtube.com/watch?v=NqPnn-GD4-k>

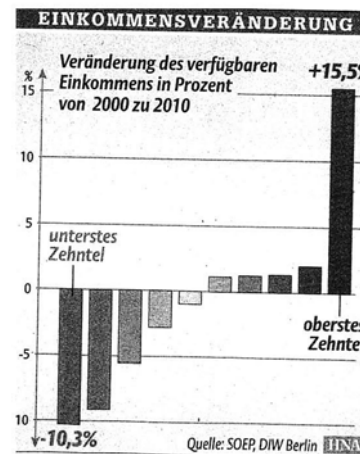
(5) Heinz Loquai, Der Kosovo-Konflikt - Wege in einen vermeidbaren Krieg, Baden-Baden 2000, S. 50

(6) Zitiert aus dem Vorwort von Prof. Dieter S. Lutz, in: Clemens Ronnefeldt, Die neue NATO, Irak und Jugoslawien, Minden, 1. Auflage 2001, S. 7.

Clemens Ronnefeldt

(Referent für „Friedensfragen beim deutschen Zweig des internationalen Versöhnungsbundes)

Klassenkampf von oben



„Reichtum - Kriege - Klassenkampf von oben“. Der Arbeitstitel für unser Intensivseminar 2014 enthält drei Stichworte. In welcher Beziehung stehen sie zueinander? In den Zeitungen ist zu lesen, dass wir in Deutschland wie auf einer Insel des Wohlstands inmitten von weltpolitischen Turbulenzen leben. Ist das wirklich so? Was blenden wir aus? Welchen Anteil haben wir am Bürgerkrieg in der Ukraine, an den Zerstörungen im Gazastreifen, an der Zone destabilisierter Staaten von Nigeria bis Ostpa-

Die wichtigsten Gründe für den Kosovo-Jugoslawienkrieg in Kurzform

Nach allen bisher genannten Quellen haben andere als die von NATO-Seite genannten Gründe den Ausschlag für die Bombardierungen gegeben. Zu diesen dürften mit unterschiedlichem Gewicht stichwortartig die folgenden gehören, wobei in Klammern jeweils Vertreter dieser Argumente stehen:

1. Testlauf der neuen NATO-Doktrin zum 50. Jahrestag 1999: Erster Militäreinsatz ohne UN-Mandat.
2. Durchsetzung des weltweiten Führungsanspruchs der NATO unter US-Führung bei gleichzeitiger Erschwerung bzw. Verhinderung der Zusammenarbeit
3. Berlin-Moskau (J.Rose)
4. Sicherung der Existenzberechtigung der NATO und Auslastung der Rüstungskapazitäten.
5. Testfall für Krieg der US-Luftwaffe bei scharfer Konkurrenz um Haushaltsmittel zwischen Luftwaffe, Heer und Marine (P.Lock)
6. Verhinderung neuer Flüchtlinge und deren Kosten in Westeuropa (G. Schröder)
7. Möglicher Präzedenzfall für künftige Konflikte im Kaukasus (Prof. A. Pradetto)
8. „Disziplinierung“ des „Fremdkörpers“ Serbien als letztes mit Russland und China verbundenes Land in Europa, das sich der Globalisierung widersetzt.
9. Nach Irak-Bombardierung 1998 durch Unterstützung der albanischen Muslime neue „Pluspunkte“ in der (ölreichen) arabischen Welt (W.Wimmer)

Im Zusammenhang mit der Krim-Krise beurteilte Altbundeskanzler Gerhard Schröder den Angriff von 1999 als Verstoß gegen das Völkerrecht: „Da haben wir unsere Flugzeuge (...) nach Serbien geschickt und die haben zusammen mit der NATO einen souveränen Staat gebombt - ohne dass es einen Sicherheitsratsbeschluss gegeben hätte. (FAZ, 10.3.14). Sein Vorgänger, Altbundeskanzler Helmut Schmidt hielt bereits 1999 die deutsche Kriegsbeteiligung für nicht zu rechtfertigen: „Gegängelt von den USA haben wir das internationale Recht und die Charta der Vereinten Na-

Zur Erinnerung:

„Es begann mit einer Lüge“

Vorbemerkung:

Angesichts des Konflikts in der Ukraine scheint es sinnvoll, daran zu erinnern, wie die NATO-Staaten den Jugoslawienkrieg inszenierten und welche Absichten schon damals im Vordergrund standen.

Hartmut Futterlieb

Vor 15 Jahren, am 24. März 1999, hielt der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die nachfolgende TV-Ansprache: „Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, heute abend hat die NATO mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte unterbinden und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern. Der jugoslawische Präsident Milosevic führt dort einen erbarmungslosen Krieg. Die jugoslawischen Sicherheitskräfte haben ihren Terror gegen die albanische Bevölkerungsmehrheit im Kosovo allen Warnungen zum Trotz verschärft. Die internationale Staatengemeinschaft kann der dadurch verursachten menschlichen Tragödie in diesem Teil Europas nicht tatenlos zusehen. Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen. (...)“ (1)

Noch einen Tag zuvor, am 23. März, wird vermutlich auch Bundeskanzler Gerhard Schröder den Lagebericht von 15.00 Uhr der Nachrichtenoffiziere des Bundesnachrichtendienstes zur Kenntnis genommen haben, in dem u.a. zu lesen war: „Das Anlaufen einer koordinierten Großoffensive der serbisch-jugoslawischen Kräfte gegen die UCK im Kosovo kann bislang nicht bestätigt werden.“ (2)

Die Kosovo-/Jugoslawienbombardierungen sind vor dem Hintergrund der Kriege in Kroatien und Bosnien-Herzegowina von 1991 bis 1995 zu sehen, denen allein in Bosnien-Herzegowina mehr als 100 000 Menschen zum Opfer fielen - und die zur Aufnahme von mehr als 350 000 Flüchtlingen in Deutschland führten.

Im Kosovo wurden gewaltfreie Basisinitiativen viele Jahre nicht unterstützt (3). Ibrahim Rugova, 1992 und 1998 zum Präsidenten im Kosovo gewählt und Verfechter einer gewaltfreien Politik, fand im Ausland mit seinem An-

satz nur wenig Beachtung.

Der Kosovo-/Jugoslawienkrieg wurde mit der Begründung geführt, einen Völkermord zu verhindern, bei dem überwiegend die serbische Seite als Täter und die albanische Bevölkerung als Opfer in fast allen Leitmedien dargestellt wurden. Der WDR-Film „Es begann mit einer Lüge“ (4) von Jo Angerer und Matthias Werth zeigte, dass die deutsche Öffentlichkeit massiv belogen wurde, um die dritte Bombardierung Belgrads in einem Jahrhundert zu rechtfertigen. Ein so genannter „Hufeisenplan“ existierte nicht, sondern war zu Propagandazwecken erfunden worden, das behauptete Massaker im Stadion von Pristina fand nicht statt.

Bei den Verhandlungen in Rambouillet wenige Wochen vor den NATO-Bombardierungen im März 1999 legten die NATO-Vertreter die Latte für die serbische Seite so hoch, dass kein Serbe mit Schulbildung diesen Vertrag hätte unterzeichnen können, wie Rudolf Augstein schrieb. NATO-Truppen sollten im gesamten verbliebenen serbischen Teil Jugoslawiens stationiert, Änderungen an Brücken, Straßen und anderer serbischer Infrastruktur zugelassen, NATO-Soldaten Straffreiheit bei kriminellen Akten im Rahmen der anvisierten Besatzung zugestanden werden.

Die ‚Lunte‘, mit welcher der Krieg gezündet wurde, war das so genannte „Massaker von Racak“ am 15. 1. 1999 mit 45 Toten. Wie die Opfer zu Tode gekommen sind und wer die Verantwortung dafür trägt, ist bis heute nicht restlos aufgeklärt.

Heinz Loquai, seinerzeit zuständiger deutscher Brigadegeneral bei der OSZE in Wien beschreibt in seinem Buch „Der Kosovo-Konflikt - Wege in einen vermeidbaren Krieg“, die Rolle des Leiters der Kosovo-Verifikationsmission (KVM) der OSZE, des US-Amerikaners William Walker, folgendermaßen: „Eine objektive Betrachtung kann nicht umhin, das Verhalten des Leiters der KVM als unangemessen und außerhalb aller normalen Regeln für eine Person mit diplomatischem Status im Gastland zu bewerten. Er zog mit einer Schar von Journalisten vor Ort, ließ diese frei schalten, walten und fotografieren und, wie ein Teilnehmer sagte, die Toten auch mediengerecht positionieren.“ (5). Für Außenminister Joschka Fischer war „Racak“ der „Wendepunkt“ - hin zum NATO-Krieg.

Die grundlegend falsche Annahme: Entweder Völkermord oder Krieg

„Bei den Grünen gab es in einem wichtigen Punkt ein intellektuelles Defi-

zit: Sie sahen nur zwei Möglichkeiten: Entweder ethische Säuberungen oder Bombardements. Und das war falsch“, sagte der Friedensforscher Johann Galtung bereits 1999. Insbesondere Joschka Fischer trieb mit der „Nie wieder Krieg und nie wieder Auschwitz“-Parole seine Partei wie auch die Gemütslage weiter Bevölkerungskreise in eine so den Realitäten nicht entsprechende Sackgasse - mit großer Wahrscheinlichkeit wider besseres Wissen.

Javier Solana zur Einhaltung des Holbrooke-Milosevic-Abkommens

In einem Brief (zitiert in :“Die Woche“, 2.7.99) an den Militäreinsatzbefürworter Erhard Eppler schrieb Prof. Dieter S. Lutz, damals Leiter des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) an der Universität Hamburg: „Ich beginne mit dem Halbrooke-Milosevic-Abkommen vom 13. Oktober 1998. Vierzehn Tage nach Abschluss dieser Vereinbarung ging NATO-Generalsekretär Solana am 27. Oktober 1998 mit folgender Einschätzung an die Öffentlichkeit: „Erfreulicherweise kann ich nun berichten, dass in den letzten 24 Stunden mehr als 4000 Angehörige der Sonderpolizei aus dem Kosovo abgezogen worden sind (...) Die Sicherheitskräfte werden auf den Umfang abgebaut, den sie vor dem Ausbruch der jetzigen Krise hatten. (...) Ich fordere die bewaffneten Gruppen der Kosovo-Albaner auf, den von ihnen erklärten Waffenstillstand aufrecht zu erhalten.“

Stellungnahmen von Brigadegeneral Heinz Loquai (OSZE)

Dieter S. Lutz zitierte in seinem Brief an Erhard Eppler auch Heinz Loquai: „Die sichtbare internationale Präsenz (OSZE-Mission, Anm.: C.R.) an Brennpunkten des Geschehens trug zur Entspannung der Lage bei, ließ Flüchtlinge wieder in ihre Dörfer zurück kehren. Mitte November wurden nur noch wenige hundert in einem Lager künstlich zurück gehalten, um den Medien ein solches Camp vorführen zu können. Doch es gab ein Problem, auf das anscheinend niemand vorbereitet war. Die UCK, die sich an die Vereinbarungen nicht gebunden fühlte, rückte dort ein, wo die Jugoslawen abgerückt waren. Von jugoslawischer Seite wurde wiederholt erklärt, wenn die UCK weiterhin das geräumte Gebiet besetze, werde es zu Reaktionen führen.“ (in: „Die Woche“, 2.7.99)